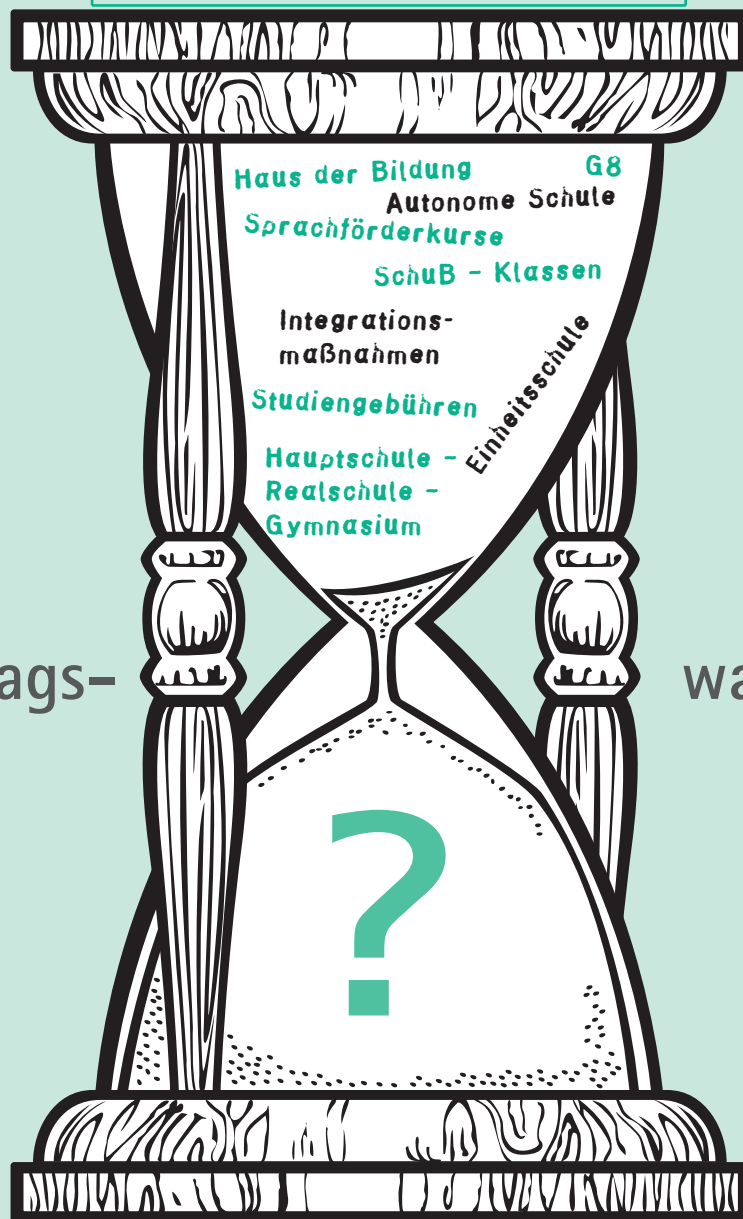


Lehrer und Schule



Hessen – was nun?

»Lehrer und Schule«
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung,
Landesverband Hessen e. V.

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Hessen e. V.

Landesvorsitzender:
Helmut Deckert
Im Eichhof 5 · 36391 Sinnthal

Redaktion:
Hermann Beck
Im Langenmorgen 29 · 35794 Mengerskirchen
Telefon: (0 64 76) 5 62 · Telefax: (0 64 76) 4 19 02 46
E-Mail: h.beck-mgk@t-online.de

Landesgeschäftsstelle:
Niedergärtenstraße 9 · 63533 Mainhausen-Zellhausen
Telefon: (0 61 82) 89 75 10 · Telefax: (0 61 82) 89 75 11
E-Mail: vbe-he@t-online.de
Homepage: <http://www.vbe-he.de>

Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:
Gebrüder Wilke GmbH
Druckerei und Verlag
Caldenhofer Weg 118 · 59063 Hamm
Telefon: (0 23 81) 9 25 22-0
Telefax: (0 23 81) 9 25 22-99
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

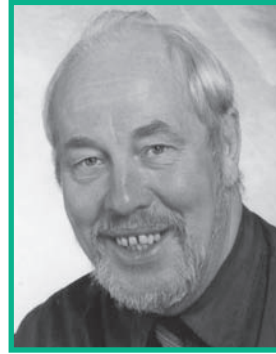
Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekenn-
zeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Or-
gane des VBE wieder. • Für unverlangte Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung unver-
langt zugesandter Bücher und deren Besprechung
bleibt vorbehalten. Nachdrucke nur mit schriftlicher
Genehmigung der Redaktion.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht
und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die
Redaktion behält sich Kürzungen vor. Rechtsansprüche
können aus der Information nicht hergeleitet werden.

ISSN 1860-739X

Kommentar

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die hessische Landtagswahl könnte in ihrem Verlauf und in ihrem Ergebnis ein Beispiel für das Sozialkundebuch sein. Aber das Verhalten unserer Parteien weithin nicht. So wie das schon für den Wahlkampf galt, gilt es auch jetzt: Es ist schon beachtlich wie sich demokratische Parteien einander mehr als Feinde denn als Sachgegner ansehen. Darüber kann sich allenfalls die radikale Linke freuen ...

... erst recht darüber, dass offensichtlich im Moment bei den Politikern das Mikado-Prinzip gilt: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Wir können uns aber Stillstand nicht erlauben, zumal in der Schul- und Bildungspolitik nicht, weil es da um Schicksale, Lebensschicksale junger Menschen geht. So erwarte ich von jeder hessischen Landesregierung, dass sie ihre Wahlversprechen hinsichtlich der besseren Versorgung der Schulen mit Lehrkräften umsetzt. Und weil sich da alle einig scheinen, könnte man da mit einem wirklich historischen Kompromiss diese gemeinsame Forderung auch gemeinsam umsetzen – ganz gleich, was sich auf den anderen Politikfeldern tut oder nicht tut.

So wird auch eine abschließende Wertung der letzten neun Jahre unter Kultusministerin Karin Wolff erst in einiger Zeit möglich sein. Schließlich ist eine solche umfassende Wertung auch davon abhängig, was danach kommt. Aber auch da ist ja im Moment in Wiesbaden Sendepause.

Fortentwicklung in der Schulpolitik kann aber natürlich auch nicht bedeuten, dass alte Fehler einfach munter weiter betrieben werden. So erfordert das 8-jährige Gymnasium eine Rundumerneuerung und keine Symptomreparaturen. Wer jetzt z. B. Lehrpläne entrümpeln will, muss sich fragen lassen wie denn das Gerümpel hinein kam. Schließlich wurden die Lehrpläne eigens von Fachleuten erstellt. So sollte schnellstens ein Beirat von Schulpraktikern aus den Schulen alle Alternativen zum Ist-Stand erörtern.

Lehrkräfte sind Fachkräfte für Erziehung und Unterricht. Deshalb ist es auch für den VBE einfach indiskutabel, dass die anstehenden Jahresgespräche nicht vom Schulleiter oder der Schulleiterin selbst geführt werden. Wir standen der Einführung der Jahresgespräche durchaus wohlwollend

kritisch gegenüber, haben aber stets darauf beharrt, dass aus Gründen der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit wirklich nur der unmittelbare Vorgesetzte diese Gespräche führen kann und darf.

Wenn das Kultusministerium jetzt merkt, dass das in einzelnen Schulen für diesen zu viel wird, dann ist das kein Grund, die Geschäftsgrundlage zu ändern. Verlagerungen auf andere Schulleitungsmitglieder entwerten die Gespräche und machen sie zu einem nutzlosen, möglicherweise auch willkürlichen, Element der schulischen Personalplanung. Genau das aber kann eine selbstständiger werdende Schule nicht wollen – wie auch viele Schulleiter und Schulleiterinnen das so sehen. Auf deren Sachverstand setzt auch der VBE, weil wir mit selbst vielen Mitgliedern aus den Schulleitungen in diesen nicht die natürlichen Gegner der Lehrkräfte sehen wie das gelegentlich andere tun. Wir bleiben bei dem bewährten Miteinander aller für unsere gemeinsame Sache – und die ist durch unseren Beruf für alle, die ihn in welcher Funktion auch immer wahrnehmen, vorgegeben.

So werden wir auch jeder neuen hessischen Landesregierung weiterhin ein seriöser und verlässlicher Partner sein. Das schließt unsere Forderung nach notwendigen moderaten Schulstrukturänderungen durchaus ein. Der VBE berät die Politik in der Bildungspolitik sach- und fachkundig und ohne Aufregung. Und genau deshalb kommt der VBE auch nicht in das Dilemma, zwischen Maximalforderungen entscheiden zu müssen. Wir haben eine ganz klare Position in bildungs- und gewerkschaftspolitischen Fragen. Gerade deshalb sind wir der Lage um des Erfolges willen eine pragmatische und vermittelbare Arbeit zu betreiben. Schließlich kann Kompromiss nicht heißen, dass sich immer einer über das Ohr gehauen fühlen muss. Lassen auch Sie sich bei den anstehenden Personalratswahlen nicht von selbsternannten „Unabhängigen“ über's Ohr hauen. Gehen Sie wählen, aber wählen Sie Gewerkschaften mit Sach- und Fachverstand, einer Organisation und festen Ansprechpartnern – und keine Einzelpersonen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein gesundes und an privaten und beruflichen Erfolgen reiches Jahr 2008!

Ihr
Helmut Deckert
VBE-Landesvorsitzender

INHALT

- 2 **Kommentar**
- 3 **VBE Hessen**
- 4 **VBE Bund**
- 4 **Informationen**
- 5 **Bücher und Medien**
- 7 **Pädagogik der Auszeiten**
- 9 **„Frühkindliche Bildung professionalisieren“**
- 12 **Informationen**
- 12 **Nicht nur für Pensionäre**
- 13 **Rechtsecke**
- 13 **Aus den Kreis- und Regionalverbänden**



Wechsel in der Landesleitung

Oberratsrat Klaus Frommelt musste aus familiären Gründen sein Amt Ende Dezember 2007 aufgeben. Für ihn wählte der Landesvorstand des VBE als Nachfolgerin die bisherige Schriftführerin der Landesleitung, Lehrerin Anke Schneider (links), als neue stellvertretende Landesvorsitzende. Neu in die Landesleitung kam ebenfalls durch Wahl als neuer Schriftführer Thomas Neumann (rechts), Leiter einer Grundschule in Fulda.

Schulstrukturdebatte ist Energieverschwendung

– Soziale Benachteiligung muss und kann gemindert werden – VBE-Grundsatzprogramm weist Wege – Appell zu sachlicher Politik statt Wahlkampfgetöse

„Wieder einmal haben alle recht“, so kommentierte der VBE-Landesvorsitzende scherzhaft die aktuellen Ergebnisse des Erziehungswissenschaftlers Prof. Helmut Fend. „Es ist schon an der Grenze der Belustigung, wie wieder alle Schulpolitiker eine Studie für sich in Anspruch nehmen. Dabei hat Professor Fend nicht so umwerfend Neues festgestellt.“

Schon seit Jahren warne der VBE vor einer Schulstrukturdebatte, wie sie jetzt wieder aufgebrochen sei. „Gute Schulen brauchen gute Lehrer und eine gute Versorgung. Die Förderung der Schüler aller Begabungsniveaus kann in nahezu allen Schulformen stattfinden“, betonte Deckert. Voraussetzung sei eine mindestens 107%ige Lehrerversorgung und die Bereitstellung einer guten Hintergrundversorgung mit Schulpsychologen an den Staatlichen Schulämtern sowie Sozialpädagogen an den Schulen.

Die Zeiten seien vorbei, da man Sozialpädagogen allenfalls in Förderschulen und an Hauptschulen als notwendig erachtete. Ohne auf die aktuelle Diskussion um das Jugendstrafrecht parteipolitisch einzugehen, wies Deckert darauf hin, dass jegliche Gewaltprävention und Integration ganz sicher in der Schule beginne und eben nicht zum Nulltarif zu haben sei.

„Zu einer guten Förderung und um soziale Benachteiligungen zu vermeiden, gehört auch das längere Offenhalten der Wahl des angestrebten Abschlusses“, erläuterte Deckert. Der VBE habe in seinem neuen Grundsatzprogramm einen für beide großen Parteien gangbaren Weg aufgezeigt, nämlich die längere gemeinsame Schulzeit für nicht gymnasialgeeignete Schüler und Schülerinnen im 5. und 6. Schuljahr. „Hier stärkt man den Schulfrieden, entlastet die Grundschulen von einem immer stärker werdenden Druck der Eltern und hält den Weg für alle Abschlüsse tatsächlich länger offen.“

Frühförderung beginne bereits vor der Schule. Um benachteiligte Kinder anzusprechen, sei ein verpflichtendes letztes Vorschuljahr – ganz gleich wie es heiße – unabdingbar und ebenso entsprechend ausgebildetes Personal. Wirkliche Förderung nehme das einzelne Kind in den Mittelpunkt und beseitige so auch die Fehlentwicklung, dass mangels Personal oft nur die schwächeren Kinder gefördert würden. „Förderung umfasst alle Begabungsebenen und kann in allen Schulformen erfolgen“, so der VBE-Landeschef. „Ich fordere die Politiker unseres Bundeslandes auf, gerade jetzt diesen Aspekt mehr in das Visier zu nehmen als nutzlose Schulstrukturdebatten, weil keine politische Mehrheit ihre Vorstellungen lupenrein durchsetzen können wird!“, so Deckert abschließend.

Respekt und Bedauern

– VBE Hessen nimmt Stellung zur Erklärung von Staatsministerin Wolff – Stellenwert von Bildung muss hoch bleiben –

„Mit Respekt und Bedauern nehmen wir die Entscheidung der hessischen Kultusministerin Karin Wolff zur Kenntnis, mit Ablauf der Legislatur dem Kabinett nicht mehr anzugehören“, kommentierte der hessische VBE-Landesvorsitzende, Helmut Deckert, die Entscheidung der Ministerin.

Der Respekt gelte den unbestreitbaren Leistungen der Ministerin für das hessische Schulwesen unbeschadet mancher unterschiedlichen Auffassung. „Differenzen in der Sache wie zum Beispiel bei der Einführung von G8 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ministerin stets ein fairer und zuverlässiger Gesprächspartner war“, fügte Deckert hinzu.

Die Staatsministerin habe zu keiner Zeit fairen Streit mit fundamentalem Grabenkrieg verwechselt.

Im Brief von Frau Wolff an den Ministerpräsidenten werde auch deutlich, dass diese Entscheidung keine spontane Hau-Ruck-Entscheidung sei, sondern mit Bedacht getroffen wurde. Insoweit müsse man auch die Leistungen außerhalb des derzeitigen politischen Tagesgeschäftes umfassend würdigen. „Dies wird allerdings sicher erst in einem gewissen zeitlichen Abstand möglich sein“, meinte der VBE-Landesvorsitzende. Jetzt nämlich, müsse man befürchten, komme erst einmal die Stunde der Wadenbeißer.

Der Stellenwert von Bildung in Hessen müsse auch weiterhin hoch bleiben. Deshalb wünsche sich der VBE eine ebenso kompetente wie konfliktfähige Nachfolge. „Wir werden auch weiterhin sachlich und fachlich kompetent die hessische Bildungspolitik begleiten!“, so Deckert abschließend.

Die erinnerungswertesteste Meldung

„Bis 2015 werden 74.000 Lehrerinnen und Lehrer in deutschen Schulen fehlen. Die Folge: Immer weniger Lehrkräfte sollen immer mehr Schüler aus schwierigeren sozialen Verhältnissen in immer schlechter ausgestatteten Schulen in immer kürzerer Zeit immer besser auf eine sich immer schneller wandelnde Lebenswirklichkeit vorbereiten. Wenn die Qualität des deutschen Bildungswesens nach TIMSS, PISA und IGLU noch gesteigert werden soll, brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer, gut ausgebildet und in großer Zahl.“

(Dr. Ludwig Eckinger, VBE-Bundesvorsitzender, am 4. Oktober 2004 zum Weltlehrertag am 5. Oktober 2004)

Die ersten Ausläufer der Folgen dieser Entwicklung erreichen uns bereits: Zunehmend besteht ein spezifischer Fachlehrermangel und der Markt für Vertretungslehrer ist in manchen Schulämtern leergefegt. Die neue hessische Landesregierung wird auch daran zu messen sein, ob sie durch Neueinstellungen gegensteuert und ob die Zusage der KMK eingehalten wird, rückgehende Schülerzahlen zur Verbesserung des pädagogischen Angebots und nicht zur Haushaltssanierung zu verwenden ...

VBE Bund Informationen

Steuermittel für Bildung und nicht für Zockerbanken!

„**B**ildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen dürfen in Deutschland nicht länger als Haushaltbelastung behandelt werden“. Das forderte kürzlich der Bundesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Ludwig Eckinger in Nortorf auf der Delegiertenversammlung des VBE Schleswig-Holstein. „Während für Kindergeld und frühkindliche Bildung seit Jahren ein Kampf um die Gelder tobt, erwägt die Bundesregierung mit Steuermitteln in Milliardenhöhe die Zockerleidenschaft deutscher Großbanken zu finanzieren. Geld ist also da, aber es wird dem Bildungsbereich verweigert. Das ist skandalös.“

Eckinger erneuerte mit Blick auf die tagende Kommission Föderalismusreform II die Forderung des VBE nach einer Änderung des Grundgesetzartikels 115. Eckinger unterstrich: „Der Investitionsbegriff muss in Deutschland dringend zugunsten der Bildung definiert werden. Es darf nicht nur in Beton investiert, es muss vielmehr in die pädagogische Qualität unserer Bildungseinrichtungen investiert werden dürfen.“ Dazu gehörten auch Personalkosten für Pädagoginnen und Pädagogen, so Eckinger. „Die derzeitige Politik von Bund, Ländern und Kommunen zur Haushaltentschuldung droht wegen des veralteten Investitionsbegriffs zum Freibrief für den weiteren Abzug von Mitteln aus dem Bildungsbereich zu werden.“ Der VBE-Bundesvorsitzende betonte, die Föderalismus-Kommission zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzierung müsse endlich ihrer Verantwortung gerecht werden, den Bildungsstandort Deutschland zu sichern und nicht abzuschneiden.

Die schlimmste Meldung

„Der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) steuert eine höhere Pensionsgrenze im öffentlichen Dienst des Landes an. Bei einem Weiterregieren der CDU wolle er den Entwurf eines neuen Dienstrechts bis Anfang 2009 vorlegen, sagte Bouffier in einem dpa-Gespräch in Frankfurt. Hessen habe das Pensionsalter für Polizisten und andere Beamte bislang nicht heraufgesetzt wie beispielsweise Rheinland-Pfalz.“

(aus einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 21.02.2008)

Wenn das mal nicht auch Stimmen gekostet hat ... Hat nicht erst im Herbst letzten Jahres uns die Warnung der OECD überrollt, deutsche Lehrer seien zu alt? Im Übrigen muss man ja nicht jedes schlechte Beispiel nachmachen. Wer z.B. für Polizisten und Lehrkräfte das Pensionsalter verpflichtend erhöhen will, der hat keine Ahnung von den Belastungen des Alltags. Die Potsdamer Lehrerstudie von Professor Schaarschmidt hat er schon gar nicht gelesen ...

Entfernungspauschale

Ab dem 01.01.2007 wird die Entfernungspauschale bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Höhe von 0,30 Euro erst ab dem 21. Kilometer berücksichtigt. Mit dieser Regelung soll bei Fahrtkosten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte das sog. Werkstopprinzip angewendet werden.

Der Bundesfinanzhof hat mit Beschluss vom 23.08.2007 (Az: VI B 42/07) ernstlich bezweifelt, dass die Kürzung der Pendlerpauschale verfassungsgemäß ist und die Regelung dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit vorgelegt. Die obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern haben sich daraufhin geeinigt, dass auch für die ersten 20 Entfernungskilometer ein Freibetrag vorläufig auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden kann. Dies bedeutet, dass die ersten 20 Kilometer bereits vor Abschluss des Rechtsstreits zu berücksichtigen sind. Die Entscheidung ist als erster Erfolg zu werten. Insofern können alle betroffenen Steuerpflichtigen auf der Eintragung des Freibetrages bestehen bzw. in ihrer Steuererklärung für das Jahr 2007 die Entfernungskilometer vollständig geltend machen. Wann das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung treffen wird, ist jedoch ungewiss. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Bedenken des BFH nicht für stichhaltig halten, müssten die ersparten Steuern zuzüglich Zinsen allerdings zurückgezahlt werden.

Für Betroffene, die nichts unternehmen, besteht keine Gefahr eines Rechtsverlustes, da die Steuerbescheide in Bezug auf die Entfernungspauschale vorläufig ergehen, d. h. das Ergebnis der höchstrichterlichen Prüfung jedenfalls berücksichtigt wird (BMF-Schreiben vom 04.10.2007, IV A 4 - S 0623/07/0002).

Die Frage der Rechtmäßigkeit der Kürzung der Entfernungspauschale kann auch im Einzelfall Einfluss auf die Gewährung von Kindergeld für Kinder über 18 Jahren haben. Diese werden – sofern die sonstigen Voraussetzungen, wie z. B. Berufsausbildung, vorliegen – nur berücksichtigt, wenn die Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts oder der Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, nicht mehr als 7.680,00 Euro im Kalenderjahr betragen. „Rutscht“ das Kind durch die Kürzung der Entfernungspauschale über diesen Betrag, ist an sich die Kindergeldberechtigung „futsch“. Kommt allerdings die Rechtsprechung zu dem Ergebnis, dass die steuerliche Kürzung nicht zulässig ist, könnte sich die Kindergeldberechtigung wieder ergeben.

Die Familienkassen lösen dies wie folgt: Der Anspruch auf Kindergeld wird abgelehnt, wenn die „schädliche“ Einkünftegrenze durch die Kürzung der Entfernungspauschale überschritten wird. Einsprüche hiergegen werden – sofern sie unter Verweis auf das beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren – gestützt werden, nach § 363 AO ausgesetzt. Fehlt der Hinweis auf das anhängige Verfahren, kann die Familienkasse gemäß § 363 Abs. 2 Satz 1 AO gleichwohl das Verfahren mit Zustimmung des Einspruchsführers ruhen lassen.

Häusliches Arbeitszimmer

Bis zur Neuregelung konnten nach § 4 EStG für das häusliche Arbeitszimmer bis zu 1.250 Euro steuerlich geltend gemacht werden, wenn für die berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung stand. Mit der Neuregelung wurde festgelegt, dass das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit bilden muss. Damit entfällt für Berufsgruppen die Möglichkeit des Abzugs, bei denen das Arbeitszimmer nicht Mittelpunkt der Tätigkeit ist, die aber im erheblichen Maße dienstliche Obliegenheiten im häuslichen Arbeitszimmer erledigen müssen, da ihnen der Dienstherr kein Arbeitszimmer am Arbeitsplatz bereitstellt, wie z. B. Lehrkräfte.

Insofern sollten die Betroffenen in der Steuererklärung 2007, wie in den Vorjahren, die Kosten für das häusliche Arbeitszimmer geltend machen. Sollten die Finanzbehörden nach der jetzigen Rechtslage bei Einreichung der Einkommensteuererklärung oder des Lohnsteuerjahresausgleichs die Geltendmachung des häuslichen Arbeitszimmers ablehnen, sollten die betreffenden Steuerzahler Einspruch gegen den Steuerbescheid 2007 einlegen. **Hierzu kann ein Mustereinspruch bei der Geschäftsstelle angefordert werden (auch in Dateiform).** Zudem wird der dbb – unser Dachverband – versuchen, unter Bezugnahme auf die anhängigen Musterverfahren, die Vorläufigkeit der Steuerbescheide auch hinsichtlich des häuslichen Arbeitszimmers zu erreichen.

Bücher und andere Medien

Ereignisse, die Deutschland veränderten

Von Kaiser Karl dem Großen bis zu Papst Benedikt XVI: Reader's Digest präsentiert 1.200 Jahre deutsche Geschichte in einem Historienband der Extraklasse.



Ob „Bußgang nach Canossa“ oder „Prager Fenstersturz“, „Weberaufstand“ oder „68er-Studentenrevolte“, Willy Brandts Kniefall in Warschau, der Fall der Berliner Mauer oder der erste Auslandseinsatz der Bundeswehr: *Ereignisse, die Deutschland veränderten* schildert anschaulich 100 bedeutende Ereignisse aus der wechselvollen Geschichte Deutschlands, chronologisch geordnet vom Mittelalter bis heute. Mithilfe zahlreicher Illustrationen, Karten, Zeittafeln und Zeitzeugenberichte machen die Experten von Reader's Digest 1.200 Jahre deutsche Geschichte lebendig. Der Band verbindet das Gestern mit dem Heute, erhellt Zusammenhänge und Hintergründe und sorgt für neue Erkenntnisse.

Die Reise durch zwölf Jahrhunderte ist in sechs Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel erzählt von einer Zeit, in der mächtige Kaiser und starke Päpste das Abendland beherrschten (800–1254). Deutschland wurde über 1.000 Jahre von Kaisern und Königen regiert. Der Startschuss fällt am 24. Dezember 800 mit der Krönung Karls des Großen, der auch als „Vater Europas“ gilt. Ein wirtschaftlich herausra-

gendes Ereignis in diesem Zeitabschnitt ist die Gründung der Hanse 1161. Wie es zu diesem Zusammenschluss kam und welche Macht die Hansestädte im Heiligen Römischen Reich besaßen, ist im Buch nachzulesen.

Im zweiten Kapitel heißt es „Aufbruch in die Neuzeit“ (1254–1517). In dieser Periode wird auf deutschem Boden die letzte Ritterschlacht geschlagen und die erste Universität gegründet. Johannes Gutenberg revolutioniert 1455 mit der Erfindung des Buchdrucks Wissen und Bildung in Deutschland. Ohne dieses Ereignis wäre die Reformation nicht möglich gewesen.

Im Zeichen von Reformation und Glaubenskriegen steht die Zeit, von der das dritte Kapitel berichtet (1517–1648). Martin Luthers 95 Thesen leiten die Reformation ein. Der „Kleine Katechismus“ wird als Lesebuch fürs Volk gedruckt. Der Prager Fenstersturz führt schließlich zum Krieg in Europa, der erst 30 Jahre später durch den Westfälischen Frieden beendet wird: Am 24. Oktober 1648 erschallt die frohe Kunde auf dem Marktplatz von Münster. Damit beginnt ein neues Zeitalter.

Kapitel 4 steht unter dem Motto „Fürstentum und Lebenslust“ und schildert die Erfolgsgeschichten von August dem Starken, Friedrich dem Großen, Kaiser Joseph II und anderen. Das Edikt von Potsdam wird zum Wirtschaftsmotor. 1708 entdeckt Johann Friedrich Böttger die Formel zur Herstellung von Porzellan. Das „weiße Gold“ erobert fortan von Meißen aus die Fürstenthümer in ganz Europa.

Die Entwicklung „Vom Staatenbund zum Kaiserreich“ schildert das fünfte Kapitel (1806–1918). Bayern erhält eine fortschrittliche Verfassung. Die Völkerschlacht bei Leipzig vertreibt Napoleon. 1871 wird Kaiser Wilhelm I im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser gekrönt und damit ein geeintes Deutsches Reich geschaffen. Bismarck führt 1883 die Krankenversicherung in Deutschland ein – seine Sozialgesetze sind noch heute die Säulen unserer sozialen Sicherung. Auch wirtschaftlich geht es voran durch neue Erfindungen und Pa-

tente – Ingenieure und Physiker verändern die Welt: 1835 bestaunen die Menschen die erste Zugfahrt zwischen Nürnberg und Fürth. Daimler meldet den Viertaktmotor zum Patent an. Das erste Luftschiff von Zeppelin hebt ab. Mit dem Ersten Weltkrieg versenkt ein deutsches U-Boot den britischen Dampfer Lusitania.

Kapitel 6 „Von Weimar nach Berlin“ (1918–2005) erzählt vom Abdanken des Kaisers und dem Versailler Frieden, vom Schwarzen Freitag und der Wirtschaftskrise. Auch die dunkle Seite der deutschen Geschichte wird nicht ausgespart: mit der Reichsprogromnacht beginnt der Staatsterror durch die Nationalsozialisten, mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. In diesen letzten Abschnitt fällt auch die Erfolgsgeschichte der Deutschen Mark – und ihre Abschaffung, der Bau der Mauer – und ihr Fall. Die Wahl des ersten deutschen Papstes seit über 480 Jahren setzt den vorläufigen Schlusspunkt unter 1.200 Jahre bewegte Geschichte.

Fazit

Ereignisse, die Deutschland veränderten beleuchtet in spannenden Geschichten die wichtigsten historischen Meilensteine und fügt diese Ereignisse wie die Teile eines Puzzles zu einem faszinierenden Gesamtbild deutscher Geschichte zusammen. Der Band bereichert jede Hausbibliothek, er eignet sich sowohl zum Auffrischen der Allgemeinbildung, zum Nachschlagen für die Schule als auch einfach nur so zum Schmökern.

Ereignisse, die Deutschland veränderten

384 Seiten, über 500 Fotos, Karten und Illustrationen, Format 21,3 x 27,6 cm, hochwertiger Einband mit Goldprägung, Preis 49,90 Euro inkl. Versand (Deutschland/Österreich), Artikelnummer: 060 790.

Nur erhältlich direkt bei Reader's Digest: Reader's Digest Deutschland: Verlag Das Beste GmbH, 70160 Stuttgart, Kundentelefon: 01805 / 61 99 81 (0,14 € / Minute aus dem Festnetz der T-Com, Mobilfunknetze ggf. abweichend), www.readersdigest.de

NÜRNBERGER Beamten Versicherungen – Beamtendarlehen

Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

Schon ab 5,99 %*! *effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden. Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner nimmt sich gern Zeit für Sie.

Mit besonderen Vorteilen für Komba-Mitglieder.

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg
NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE



NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Bezirksdirektion Frankfurt, Frank Walloschek
Rotfeder-Ring 3, 60327 Frankfurt
Tel. 069 2563-212, Fax 2563-211
frank.walloschek@nuernberger.de



Achtung Eltern! in der Grundschule



Wahrscheinlich kennt jeder Lehrer diese oder ähnliche Situationen und hat sich oft genug hinterher geärgert, dass er nicht in der Lage war, ruhig und sachlich zu antworten.

Das ist nur eine von vielen sehr treffend und witzig beschriebenen Situationen, die den Lehrertag im Umgang mit den Erziehungsberechtigten beschreibt. Diese häufig konfliktreichen Situationen fordern viel Energie von den Pädagogen, die diese eigentlich lieber in konstruktive Elterngespräche stecken würden.

Und genau darum geht es in dem neuen Buch des Mülheimer Verlags an der Ruhr für Lehrkräfte und interessierte Eltern: Es geht um Emotionen und Kommunikation. Eltern möchten natürlich nur das Beste für ihr Kind und behandeln den Lehrer in der emotionalen Aufregung manchmal wie einen Dienstleister, der auf jede Unklarheit oder jedes noch so kleine Problem des Kindes eine zufriedenstellende Antwort und Erklärung vorweisen soll.

Aber es geht nicht um Abwehrstrategien, sondern, wie der Untertitel so treffend sagt, um „Die Kunst, zu kooperieren und Grenzen zu setzen“. Das gemeinsame Interesse der Eltern und Lehrer am Kind steht dabei im Vordergrund, seine Lernerfolge und eine gelungene Kommunikation zwischen allen Beteiligten. Es ist kein „Anti-Eltern-Buch“, sondern ein Buch von Lehrern für Eltern und Lehrer. Die Autoren stehen auf beiden Seiten und haben ihre eigenen Erfahrungen als Eltern immer im Blick gehabt.

Um Lehrern und Eltern noch mehr Mut für Veränderungen zu machen, werden zum Ende des Buches positive Beispiele aus der Praxis vorgestellt.

Dies ist endlich ein Buch, welches alle Klischees und Vorurteile und landläufigen Meinungen auf eine sehr amüsante und gut lesbare Weise aufzeigt. Mit den konstruktiven und ironischen Ratschlägen zur Verbesserung der Kommunikation gelingt es schon während des Lesens, dem Frust die Spitze zu nehmen. So kann die Einstellung der Lehrer zu den Eltern und der Eltern zu den Lehrern nachhaltig verbessert werden. Es geht um das Schaffen von Vertrauen, Verständnis und Akzeptanz.

Dem Team von Antje Bostelmann, der Gründerin der KLAX-Pädagogik, ist es wieder einmal gelungen, beiden „Parteien“ zu zeigen: Es geht ihnen um die gleiche „Sache“, nämlich um das Wohlergehen und die positive Entwicklung der Kinder.

Dieses Buch ist ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Bildungsdiskussion und fordert eine selbstkritische Reflektion und eine Hinwendung zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.

„Aus der Praxis für die Praxis“ – die Maxime des Verlags an der Ruhr – wird auch in diesem Buch konsequent angewendet. Die Beiträge sind von KLAX-Pädagogen geschrieben, die von ihrer praktischen Arbeit in den KLAX-Schulen und auch aus ihrer Elternposition heraus berichten. Deshalb ist das realistische Buch ebenso als Elternlektüre geeignet und fordert zum Nachdenken und zur konstruktiven Mitarbeit im Schulalltag auf.

Achtung Eltern! in der Grundschule

Die Kunst, zu kooperieren und Grenzen zu setzen
Antje Bostelmann (Hrsg.)
Verlag an der Ruhr,
Mülheim an der Ruhr 2007
ISBN 978-3-8346-0310-4

Die beste Meldung

„Unsere Haltung ist eindeutig und klar: Mit uns bleibt der Beamtenstatus für Lehrkräfte erhalten, denn diese erfüllen eine höchst wichtige hoheitliche Aufgabe im Interesse unseres Landes und unserer Gesellschaft!“

(Hans-Jürgen Irmer, CDU, auf eine entsprechende Frage in Wahlprüfsteinen in der HPhV-Zeitschrift Blickpunkt Schule 5/2007)

Das ist ohne Wenn und Aber ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum in Hessen. Der VBE hat dies von jeher gefordert und stets betont, dass das Berufsbeamtentum der Lehrkräfte notwendiger Mobilität und Leistungsbezahlung nicht entgegensteht.

Die dümmste Meldung

„Der klassische Ausbildungsweg ist Grundschule – Gymnasium – Studium ...“

(Professor Weidemann, VhU-Präsident am 11.09.2007 in Frankfurt in seiner Rede zur Auslobung des „Innovationspreises berufliche Schulen 2008“)

... und genau an solchem Denken krankt unser Schulwesen: Das Gymnasium ist allein-seligmachend, die anderen werden gar nicht mehr wahrgenommen und als unnötiges Beiwerk gesehen. Dies muss eine künftige hessische Landesregierung dringend ändern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen im VBE Hessen!

Einige von Ihnen wechseln ihren Dienort und/oder ziehen um oder wechseln die Bankverbindung, andere bestehen Prüfungen, werden befördert ...

Es gibt noch mehr Gründe, die Sie uns bitte mitteilen sollten, damit wir Sie auch in Zukunft gut betreuen können.

Mitteilungen bitte an den Landeskassenwart – er leitet Ihre Informationen unmittelbar an die Geschäftsstelle weiter.

Seine Anschrift lautet:

Franz Schrehardt
Am Berg 23
36145 Hofbieber
Tel.: 0 66 84 – 4 71 oder 91 94 71
Fax: 0 66 84 – 91 94 72

E-Mail: FranzSchrehardt@aol.com
Für Ihre eventuelle Änderungsmitteilungen bedanken wir uns im Voraus ganz herzlich!

Ansprechpartner im VBE Hessen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Christel Müller,
stellvertretende Landesvorsitzende

Kontakt unter:
Christel.Mueller@vbe-he.de

Pädagogik der Auszeiten

Das schulpädagogische Problem

Was auf den ersten Blick fast widersprüchlich klingt, wird derzeit als eine Möglichkeit gehandelt, Schüler(innen)n, die Schwierigkeiten haben, dem täglichen Unterricht stetig zu folgen, temporär Alternativen anzubieten. Der Begriff der „Auszeit“ steht für die partielle und temporär begrenzte Freistellung von den Unterrichtsstunden des Alltags.

Die pädagogische Begründung dafür ist je nach Schulart durchaus strittig. Da gibt es die Position, die rigide und ungebrochen an den Pflichten der Unterrichtsteilnahme festhält und dem, der ihnen nicht entsprechen kann, schnell mit Sanktionen droht (schriftl. Mahnung, ggf. Sitzenbleiben, gar Schulwechsel). Und da ist die andere Position, die Verständnis dafür zeigt, dass die unbarmherzige, quasi endlose Folge von Unterrichtsstunden zur nicht mehr aushaltbaren Belastung werden kann. Ständige Leistungsanforderungen, schwierige soziale Verhältnisse, ein problematisches Klassenklima, häufige Misserfolge, der insgesamt als sinnlos empfundene Unterricht sind immer wieder subjektiv erfahrene Überlastungen, auf die reagiert werden muss, um Wiedereinstiege, einen Neuanfang, andere Bewältigungsstrategien für die gleichbleibenden Anforderungen zu gewinnen. Schulverweigerung als individuelle Ausweichstrategie ist keine Lösung. Auf sie wird ohnehin häufig nicht pädagogisch reagiert, sondern mit administrativen oder gar polizeilichen Mitteln. Aber das ist ein anderes Thema.

Es ist schon eine Überlegung wert, der Frage nachzugehen, ob man schulintern zeitweise als zu groß empfundene Belastungspotenziale neutralisieren oder gar abbauen kann. „Der pädagogische Grundansatz der hier zu verfolgenden Überlegungen liegt darin, Verständnis für Schwierigkeiten, die die eigene Schule im Verein mit anderen Faktoren (häusliches Milieu, schwierige Familienverhältnisse, Armut, Gewalt u. a. m.) kumuliert, zu zeigen, Schüler/-innen aber nicht als verloren anzusehen, sondern zu prüfen, wie Entlastungspotenziale gefunden werden könnten. Ansätze sollen im Folgenden dargestellt und geprüft werden.“

Schulpädagogische Lösungsansätze

1. Auszeit statt Eiszeit

Die Hauptschule Elze in der Nähe von Hannover hat schon vor vielen Jahren zu dem Mittel der Auszeit gegriffen, wenn es Schüler(innen)n nicht möglich war, ständig am Unterricht aufmerksam und mitmachend teilzunehmen. Die Ausgangsbeobachtung war, dass 5–6 Stunden Unterricht immer wieder eine Überforderung darstellen. Die Folgen, die man beobachtete, waren aggressives Verhalten und eine Vielzahl von vorbewussten Protesten, die Lehrer als Unterrichtsstörungen identifizierten. Disziplinierungen, Strafen, gar „Rauschmiss“ hielt man für belastend und im Grunde wirkungslos, weil sie nicht an den Ursachen ansetzten. Misserfolge, Lebensprobleme, Pubertätskrisen verstärkten die kritische Lage immer wieder. Aus dem negativen Zirkel von Nicht-Können, Strafen, Verstärkung der Ohnmacht wollte man heraus. Unterricht sollte im Prinzip den Charakter einer Zwangsveranstaltung verlieren. Die Unterrichtssituation und der Schulfrieden sollten sich verbessern.

Ein Schüler, der nicht mehr am Unterricht teilnehmen kann, sollte eine Auszeit in Anspruch nehmen können, innerhalb der die Betroffenen unter sozialpädagogischer Anleitung handlungsorientiert außerhalb des Unterrichts arbeiten können. Die Schule hat für die inhaltliche Gestaltung der Auszeiten Tätigkeitsfelder geschaffen, innerhalb derer sinnvolle und projektartige Aufgaben zu erledigen sind. Für die fünf Tage einer Unterrichtswoche wurde ein Auszeiten-Plan aufgestellt:

- Mo., 4.–6. Stunde: Arbeit im Biotop (Aufschütten und Bepflanzen der Wallhecke, Aushub des Teiches)
- Di., 4.–6. Stunde: Fahrradwerkstatt (Reparatur eigener Fahrräder, Instandhaltung des schuleigenen Fahrradparks)
- Mi., 4.–6. Stunde: Reparaturarbeiten im Schulgelände und am Schulinventar
- Do., 4.–6. Stunde: Holzarbeiten (z.B. Schälen von Baumstämmen für schuleigene Spielgeräte)
- Fr., 4.–6. Stunde: Arbeit im Biotop (siehe Montag)

Wenn man den vorstehenden Plan als Beispiel nimmt, das natürlich Variati-

onen im Lauf der Zeit erfahren muss, kann man feststellen, dass mithilfe eines Schulsozialarbeiters, immer wieder anwesender Praktikanten und auch der Bereitstellung von Lehrerstunden für den späten Vormittag ein Alternativplan zum Stundenplan aufgestellt worden ist. Die Grundidee ist – noch einmal formuliert –, einerseits entlastende Situationen bereitzustellen und andererseits kleine Erfolgserlebnisse zu ermöglichen. Die Effektivität auf Dauer aber bleibt ungeklärt. Ist eine Auszeit eine Art Entspannungspuffer, dessen Wirkung zum „normalen“ Lernen zurückfährt, oder könnte so etwas wie eine bequeme Ausweichgewohnheit entstehen, die größere Lernauffälle nach sich zieht?

2. Die Trainingsraum-Methode

Seit inzwischen auch schon wieder mehr als zehn Jahren gibt es an deutschen Schulen die sog. Trainingsraum-Methode. Sie hat ihren Niederschlag auch literarisch schon gefunden. Sie geht davon aus, lernbereite Schüler/-innen zu schützen und störenden Schüler(innen)n zu helfen. Die Regeln für die Teilnahme am Unterricht sind klar formuliert:

- Jede Schülerin / jeder Schüler hat das Recht, ungestört zu lernen.
- Die Lehrerin und der Lehrer haben das Recht, ungestört zu unterrichten.
- Jeder muss stets die Rechte des anderen achten.

Die Pflichten, die sich aus diesen Rechten ergeben, sind dann klar für jeden Schüler. Ich sitze an meinem Tisch und verhalte mich ruhig!

Da die Regeln aber nicht wie selbstverständlich die Realität bestimmen – das wäre zwar schön, ist aber Illusion! –, kommt es im Unterrichtsalltag immer wieder zu Störungen, die belastend sind oder die Fortführung des Unterrichts nicht erlauben. Der Auszeiten-Gedanke wird dann in diesem Modell so praktiziert:

- Der störende Schüler / die störende Schülerin wird aus dem laufenden Unterricht herausgenommen und einem Trainingsraum für eigenverantwortliches Denken (ein in der Schule nicht für Unterricht genutzter Raum) zugewiesen. Der unterrichtende Lehrer weist ihn mit dem folgenden ausgefüllten Formular diesem zu:

Schüler/-in: _____ Klasse: _____

1. Störung: _____

2. Störung: _____

3. Weiteres auffälliges Verhalten: _____

Lehrer/-in: _____ Datum: _____
 Stunde: _____ Zeit: _____

Der betroffene Schüler hat mit dem ausgefüllten Formular zu dem Trainingsraum zu gehen. Dies ist – wie schon gesagt – ein besonderer, nicht für den normalen Unterricht genutzter Raum mit Einzelarbeitsplätzen und einer aufsichtsführenden Person (Lehrer/-in, Sozialarbeiter/-in). Er hat sich dort an einen der Einzelarbeitsplätze zu setzen. Mit etwa einem Blatt der folgenden Art ist er angehalten, über sein Verhalten eigenverantwortlich nachzudenken und einen Plan für Verhaltensverbesserungen zu entwerfen:

Programm „Eigenverantwortliches Denken“

Mein Plan
 Was habe ich gemacht?

Welche Regel habe ich gebrochen?

Ich will mich bemühen das Problem zu lösen.
 Ja Nein

Mein genauer Plan:
 Schreibe auf, was Du machen willst, um Dein Ziel zu erreichen:

Wen fragst Du nach dem versäumten Unterrichtsstoff und den Hausaufgaben?
 Wem zeigst Du diesen Plan? _____

Wann? _____ Unterschrift: _____

Trainingsraumlehrer/-in: _____

Wenn er dieses Blatt ausgefüllt hat, zeigt er es der/dem Trainingsraumlehrer/-in. Wenn er/sie die Ausführungen akzeptiert, wird der Bogen unterzeichnet und der Schüler geht in den Unterricht zurück. Dies ist in aller Kürze die Beschreibung der Trainingsraum-Methode.

Gegenüber der ersten Auszeit-Variante geht es hier also auch zwar um die temporäre Ausfädelung aus dem laufenden Unterricht. Der „heilende“ Ansatz aber liegt nicht in praktischen Tätigkeiten, sondern in der Bereitstellung eines „Denkraums / einer Reflexionszeit“. Die Unterbrechung des Unterrichts soll dem Betroffenen helfen, über sich und sein Verhalten nachzudenken und Veränderungen/Verbesserungen zu finden. Das zentrale Problem dabei ist wohl, dass ein Schüler allein mit sich und seinen Befindlichkeiten/Nöten/Unkonzentriertheiten/Problemen fertig werden soll. Gespräche sind nicht vorgesehen. Entlastend-entspannende Kommunikation findet nicht statt. Von daher kann

man hinsichtlich der positiven Effekte skeptisch sein. Wenn der Trainingsraum über den ganzen Vormittag geöffnet sein soll, bedarf es außerordentlich großer Zeittressourcen/Lehrerstunden. Gegenüber dem weiterlaufenden Unterricht werden sich Lernauffälle verstärken. Die Skepsis ist größer als die Hoffnung auf die intendierten Effekte!

3. Schulintegrative Tagesgruppen

Wenn man sich ernsthaft um Schüler/-innen kümmern möchte, die aufgrund einer retardierten sozialen und emotionalen Entwicklung, schwerer Lebensverhältnisse (Armut, zerrüttete Familien) und häufiger Misserfolgserebnisse dem normalen Unterrichtsalltag nicht ohne Weiteres folgen können – und nicht schnell in Förderschulen „abgeschoben“ werden sollen –, muss man über weitere Möglichkeiten nachdenken.

Zur Erörterung wird im Folgenden die sog. schulintegrative Tagesgruppe vorgestellt. Zunächst einige herleitende Bemerkungen: Das Konzept der schulintegrativen Tagesgruppe ist im Bereich der Förderpädagogik bekannt und liegt im Schnittbereich von Pädagogik und Schulsozialarbeit. Für Schüler/-innen, die in einer größeren Lerngruppe (herkömmliche Klasse mit 25–30 Schülern) nicht ständig mitarbeiten können, wird eine schulintegrative Tagesgruppe eingerichtet. Die Kinder/Jugendlichen bleiben also in ihrer Schule, auch in ihren normalen Klassen. Die Ta-

gesgruppe ist eine Kleingruppe mit bis zu 8 Mitgliedern und einer hohen Betreuungsdichte (2–4 Pädagogen kümmern sich um sie). Sie bekommt ihre eigenen Räumlichkeiten, eigene Pausenzeiten, eigene Zeitstrukturen für Lernarbeit und Entspannung. Der Tag kann z. B. um 8.00 Uhr mit einem gemeinsamen Frühstück beginnen. Es folgt dann der erste Arbeitsblock (90 Minuten mit spezifischer Rhythmisierung. Nach einer ersten längeren Pause gibt es die zweite Arbeitszeit mit wieder 90 Minuten. Das Mittagessen wird gemeinsam eingenommen (Schüler und Erzieher). Nach der Mittagspause liegt die Hausaufgabenzeit. Ab ca. 14.30 Uhr erfolgt in gemeinsamer Planung mit den Kindern die Freizeitgestaltung bis etwa 16.30 Uhr. Es handelt sich also um ein Ganztagsangebot. Sicher könnte man auch einen halbtägigen Rahmen konzipieren.

Die pädagogischen Grundideen sind hier: die Kleingruppe erlaubt eine qualitativ andere Kontaktaufnahme, andere Möglichkeiten des Lehrens und Lernens, größere Chancen sozialen Lernens. Die Zeitrhythmen werden den Lern- und Leistungsmöglichkeiten der Schüler angepasst. Die hohe Betreuungsdichte sichert beinahe ständig individuelle Zuwendung. Die beziehungsstetige Gestaltung des Tages – durchgehend ist das Team mit der Schülergruppe zusammen und realisiert eine „Pädagogik des ganzen Tages“ – ist ein weiterer Faktor, der Pädagogik in schwierigen Situationen wirksam macht.

Während das Konzept der schulintegrativen Tagesgruppe aus der Sicht der Förder- und Sozialpädagogik meist für längere Zeit gedacht ist, ist im Rahmen dieser Erörterung schulpädagogisch die Idee interessant, eine Schule oder ein Jahrgangsteam z. B. in die Lage zu versetzen, kurzfristig und zeitlich begrenzter bei auftretenden Schwierigkeiten solche Tagesgruppen zu bilden: für den aktuellen Vormittag, für 2–3 Tage, für eine Woche, um eine andere Art von Auszeit von dem fachlich orientierten Unterricht in der normalen Klasse zu ermöglichen, Verhaltens-, Lern- und Konzentrationsressourcen „neu aufzuladen“ und dann wieder Unterricht in der normalen Organisation realisieren zu können. Die oben beschriebenen Ideen könnten zur Wirkung kommen. Der heikle Punkt wird sein, die personellen Ressourcen dafür zur Verfügung zu haben und flexibel auf aktuelle Situationen reagieren zu können (spontane Gruppenbildungen). Ein Jahrgangsteam (z. B. alle Lehrer/-innen eines 7. Jahrganges, der vierzünftig geführt wird) aber könnte sicher kurzfristig personelle Ressourcen durch Verdichtung und Verdünnung (Tagesgruppenbildung und temporär größere Lerngruppen für Vermitt-

lungsphasen und konsequente Phasen des selbstständigen Lernens von Schülern und Schülerinnen umlagern. Mit Schulsozialarbeitern und Praktikanten könnten die Dispositionen zusätzlich reichhaltiger werden.

Schluss: Noch zwei scheinbar verrückte Vorschläge

Die drei dargestellten Ansätze sind bei allen Bedenken Ansätze, die Schule aus der Sicht von Schüler(innen)n wirksam verändern könnten. Zum Schluss seien zwei Ideen noch angeführt, die auch in der Reichweite der Realisierung liegen könnten. Die eine bezieht sich auf die Makroorganisation einer Schule (Zügigkeit). Wenn eine Schule z. B. vierzünftig eingerichtet ist

(4 Parallelklassen in einem Schuljahr) und eine gewisse Schülerklientel hat, die immer wieder Schwierigkeiten mit dem Unterrichtsalltag hat, wäre die Einrichtung eines sog. Kleinklassenzuges eine Möglichkeit, Verhaltens- und Lernschwierigkeiten intensiver zu begegnen. Von Neill stammt die Idee, einzelnen Schülern einen besonderen Tag der Aufmerksamkeit zu schenken. Gemeint ist dabei, sich einzelnen Schülern und ihren Problemen immer wieder einmal in besonderer Weise zu widmen. Beide Ideen sind nicht direkt einer Pädagogik der Auszeiten zuzuordnen. Aber sie können vielleicht anregen, immer noch einmal neu die Schule nicht nur als „business as usual“ zu sehen. Die Macht der Zuwendung hätte sicher ihre Wirkung!

Literatur

- Bönsch, M.: Beziehungslernen. Pädagogik der Interaktionen. Baltmannsweiler 2006.
Bönsch, M.: Erziehung in der Krise? – Pädagogik in Krisen. Münster 2006.
Bründel, H. / Simon, E.: Die Trainingsraum-Methode. Weinheim und Basel 2003.
Hilbig, N.: Mit Adorno Schule machen. Beiträge zu einer Pädagogik der Kritischen Theorie. Bad Heilbrunn 1997.
Nolting, H.-P.: Störungen in der Schulklasse. Weinheim und Basel 2005.
Ortner, A. / Ortner, R.: Verhaltens- und Lernschwierigkeiten. Weinheim und Basel 2002.
Preuß-Lausitz, U. (Hrsg.): Schwierige Kinder – Schwierige Schule. Weinheim und Basel 2004.
Stephansstift Hannover: Schulintegrative Tagesgruppe „Arche“. Flyer, Hannover o. J.

„Frühkindliche Bildung professionalisieren“

Interview mit Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie an der Freien Universität Bozen

Herr Fthenakis, der Bereich vorschulische Bildung erfreut sich mittlerweile in der Bildungsdiskussion einer gewissen Aufmerksamkeit. Was versprechen Sie sich konkret davon, werden Kindergärten und Kitas davon profitieren?

Meine Hoffnung ist, dass nicht die Einrichtungen primär, sondern vielmehr die Kinder davon profitieren. Denn es geht ja bei dieser Reform um die kindliche Bildungs- und Entwicklungsbiografie. Und daher fokussieren wir uns nicht mehr primär auf die Institution, sondern auf die Kinder. Wenn wir dafür eintreten, dann verbinden wir dieses Ziel mit einer Neukonzeptualisierung von Bildung, die die kindliche Entwicklung stärkt und speziell auf Meta-Kompetenzen des Kindes fokussiert. Die Bildungsinstitutionen können allerdings sekundär auch davon profitieren und haben bereits davon profitiert. Denn noch nie wurde über den Stellenwert von Bildung in den vorschulischen Institutionen so lebhaft und politisch vehement diskutiert wie während der letzten vier Jahre. Die Einrichtungen können die Situation aber auch nutzen, um nach außen die Komplexität, den Stellenwert und die Relevanz ihrer Bildungsarbeit sowohl für die Kinder als auch für den gesamten Bildungsverlauf zu kommunizieren. Konkret verspreche ich mir, dass die fachliche Beliebigkeit in den Einrichtungen bezüglich der Bildungsqualität zugunsten einer Orientierung und einer Übereinkunft gestaltet wird. D. h. diese fachliche Beliebigkeit, die auf diesem Feld bisher vorgeherrscht hat, wird an Bedeutung verlieren zugunsten einer professionell definierten Bildungsqualität, die mittels Bildungsplänen qualifiziert wird und dafür sorgen wird, dass in allen Einrichtungen und für alle Kinder eine hohe Bildungsqualität geboten wird. Dass ist deshalb auch für die Einrichtungen wichtig, weil sie bislang eher die Erziehung und Betreuung im Vordergrund hatten.

Was halten Sie von den Bildungsplänen, die die Länder erarbeitet haben?

Die meisten Bildungspläne haben das große Problem, dass sie nur auf den vorschulischen Bereich, und zwar auf die Institutionen und nicht auf das Kind fokussiert sind. Solche Pläne verstärken natürlich die Struktur des Bildungsvorgangs, die es aber zu überwinden gilt. Die Länder haben es nicht geschafft, eine länderübergreifende Verständigung auf einen gemeinsamen Bildungsplan zu erzielen. Und die Konsequenz daraus sind Pläne mit unterschiedlicher Qualität, unterschiedlicher theoretischer Fundierung und mit ganz unterschiedlichen Bildungsbereichen. Dies erhöht die Bildungsdiversität für Kinder in der Bundesrepublik, erschwert den Umzug eines Kindes vom Kindergarten beispielsweise von einem bayerischen in einen baden-württembergischen, weil dort ganz andere Philosophien vorzufinden sind, ganz andere Bildungsbereiche im Bildungsplan enthalten sind. Und schließlich vernachlässigen diese Pläne die wichtigsten Lernorte außerhalb der Bildungsinstitutionen. Und alles zusammen bietet natürlich keine fundierte Grundlage für hohe Bildungsqualität für alle Kinder in allen Einrichtungen.

Thema Qualifizierung und Ausbildung des pädagogischen Personals in Kitas: Wie kann der Beruf professionalisiert werden, gibt es bereits erste Schritte in diese Richtung?

Die Reform der Erzieherausbildung ist das chronische Problem in der Bundesrepublik, denn die Ausbildungsstätten sind bislang noch nie der Gegenstand einer Reform gewesen. In den zurückliegenden 35 Jahren, mit Beginn der 70er-Jahre, haben alle Modellversuche die Ausbildung ausgeklammert. Und die Bundesrepublik hat dann nicht den Anschluss an europäische Entwicklungen gefunden. Die meisten europäischen Länder haben auf universitärem Niveau die Ausbildung organisiert, einige auf

vergleichbarem Fachhochschulniveau; aber nur vier Länder in Europa auf einem niedrigen Niveau: Deutschland, Österreich, die Slowakische Republik und Malta. Insofern haben wir in der Bundesrepublik ein doppeltes Problem: Ein Problem des Ausbildungsniveaus und noch mehr: ein Problem der Ausbildungsqualität. Erst in den letzten drei Jahren begann man über die Robert Bosch Stiftung an fünf verschiedenen Standorten Modellprojekte einzurichten mit der Intention, ein Ausbildungscurriculum zu entwickeln. Die (Bologna-) B. A.- und M. A.-Reform europaweit hat dann auch auf diesen Bereich einen gewissen Einfluss gehabt, sodass es heute ungefähr 28 Standorte in der Bundesrepublik gibt, die Ausbildungsgänge für Erzieherinnen und Erzieher einrichten, davon die meisten auf Fachhochschulniveau. Es gibt wenige Ausnahmen, z. B. die Universität Bremen hat einen Ausbildungsgang eingerichtet, er ist aber noch nicht richtig zum Laufen gekommen. Alle diese Bemühungen um Reform der Ausbildung haben den Nachteil, dass sie die Fachkräfte ausschließlich für den Kindergartenbereich ausbilden. Wenn aber die Entwicklung in Richtung institutionenübergreifende Pläne geht, und das ist die Perspektive, dann macht es Sinn, die alten Studiengänge für Lehrer und Erzieher aufzuheben und stattdessen das Profil eines Pädagogen zu entwerfen, der geeignet und kompetent ist, Bildungsprozesse für Kinder zu organisieren, von der Geburt bis zum Ende der Grundschule. Das heißt: Abschied nehmen von den eng gefassten Ausbildungsgängen, stattdessen institutionenübergreifende Ausbildungsgänge entwerfen. Das wäre meine Vision, wir haben solche Beispiele in Australien, in Neuseeland und auch in Italien, dort haben sie in den ersten zwei Jahren eine gemeinsame Ausbildung von Erziehern und Lehrern auf universitärem Niveau.

Könnte die Ausbildung von Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern zusammen erfolgen?

Es gibt keinen Grund, unterschiedliche Ausbildungsgänge zu haben, es spricht viel dafür, dass eine Fachkraft die gesamte Entwicklung eines Kindes, von null bis zum Ende der Grundschulzeit, kompetent begleiten soll. Und dass wir die Differenzen des vorschulischen und des Grundschulsystems damit aufheben. Denn so wüsste jede Fachkraft, was im Kindergarten passiert und was danach kommt. Und es wäre natürlich auch eine Perspektive für die Fachkräfte selbst, wenn sie eine Zeit lang im Kindergarten tätig sind und dann in die Grundschule gehen und so Kinder eine längere Zeit begleiten. Das wäre auch personalpolitisch ein ganz interessantes Modell.

Und wie könnten die heute bereits tätigen Erzieherinnen und Erzieher eingebunden werden?

Mein Vorschlag wäre, dass wir ein großes bundesweites Weiterbildungsprogramm auflegen sollten. Wenn wir Ernst machen wollen mit der Implementation der Bildungspläne, dann können wir das Qualitätsniveau der Fachkräfte nicht dort belassen, wo es gerade ist. Ihnen fehlt die Erfahrung, wie man Bildungspläne umsetzt, Kinder beobachtet und Bildungsprozesse dokumentiert. Und diese Defizite müssen so schnell wie möglich beseitigt werden, d. h. wir brauchen ein bundesweit angelegtes Professionalisierungsprogramm für 370.000 Fachkräfte, und das möglichst bald. Das Beispiel Italiens ist interessant: Wir haben in Südtirol für Fachkräfte, die das Hochschulexamen nachholen wollen, ein berufsbegleitendes Studium eingerichtet. Das funktioniert sehr gut.

Die Vorbereitung auf die Schule im Kindergarten wird in Deutschland von Eltern traditionell eher kritisch gesehen. Wir haben die Eltern an der Konstruktion der Bildungspläne aber beteiligt. Die Elternvertretung wurde informiert über Zielsetzung der Pläne. Die Eltern haben den Bildungsplan positiv beurteilt. Eine Note von 1,4 und 1,7 wurde in den Befragungen in Bayern und Hessen erzielt. Das Verhältnis von Familie und Einrichtung wird in den Einrichtungen radikal verändert werden, wir etablieren eine Bildungspartnerschaft. D. h. dass die Einrichtung zur Kenntnis nehmen muss, dass der Primat der Verantwortung im vorschulischen Alter nicht bei der Einrichtung, sondern bei der Familie liegt. Und wenn die Einrichtung überhaupt handelt, dann handelt sie nur in Vollmacht der Familie. Und die institutionell verankerte Bildung darf dieses Verhältnis nicht mutieren lassen, sodass die Eltern nur noch Zaungäste des Geschehens sind. Die Eltern werden aktiv am Geschehen im Kindergarten beteiligt, können auch mitbestimmen, was dort mit ihren Kindern passiert. Und dadurch wird sichergestellt, dass die unbegründete Angst vor der Verschulung erst gar nicht auftritt.

In der Öffentlichkeit wird mittlerweile viel über die Benachteiligung von Jungen im Bildungssystem gesprochen. Inwiefern spielt der Kindergarten da eine Rolle?

Bereits im Kindergarten etabliert sich ein unterschiedlicher Sozialisationsweg für Mädchen und Jungen. Und dort werden auch die Weichen gestellt für die weitere Entwicklung. Im Kindergartenalter wählen die Mädchen ein anderes Sozialisationsmodell als die Jungen; die Mädchen spielen bevorzugt mit anderen Mädchen; sie äußern Emotionen, nehmen Emotionen wahr, verbalisieren sehr viel, nehmen Einfluss und geben selbst Einfluss, entwickeln einen sehr differenzierten Interaktionsstil. Dagegen organisieren die Jungen mehr Macht – und Parallelspiele, verbalisieren wenig miteinander, äußern kaum Emotionen und nehmen spärlich Einflüsse von außen auf. Diese unterschiedlichen Sozialisationswege führen zu zwei Befunden, die in der Forschung sehr gut dokumentiert sind: Die meta-emotionale Kompetenz bei den Jungen wird nicht so entwickelt werden wie bei den Mädchen. Die Jungen sind da klar im Nachteil. Aber gerade diese Kompetenz ist sehr wichtig, reguliert sie doch soziale Beziehungen in allen Kontexten. Der zweite Befund: Dadurch, dass die Jungen nicht so viel miteinander sprechen wie die Mädchen – dies attestieren PISA-Studie und auch andere Forschungsarbeiten –, verfügen sie nur über eine verminderte Sprachkompetenz. Insofern liegen die Befunde auf dem Tisch, die Verlierer im Bildungsverlauf sind grundsätzlich die jüngeren Kinder und dabei die Jungen, Migranten-Jungen und Jungen aus bildungsfernen Schichten im Besonderen. Insofern findet eine systematische Benachteiligung eines Geschlechtes statt. Ich denke, es würde sich lohnen, sich dieser Thematik einmal anzunehmen.

Sie haben es gerade angesprochen, die Migrationsthematik. Sie sind von Ihrer Biografie ja auch jemand, der einen interkulturellen Hintergrund hat. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Eine große Herausforderung für den Kindergarten besteht darin, die kulturelle Diversität als ein Qualitätsmerkmal des Curriculums anzusehen. Dass die Diversität nicht negiert wird, dass man nicht versucht, über den Begriff der Leitkultur und die Dominanz der Muttersprache das Problem zu lösen, denn man weiß, dass es so nicht zu lösen ist. Im Gegenteil, es kann sogar zur Verhinderung von Integration führen. Der Integrationsweg geht über die Wertschätzung und Anerkennung dessen, was diese Kinder mit zu uns gebracht haben, nämlich die eigene Muttersprache und die eigene Kultur. Nur die Kinder, die dann in beiden Sprachen kompetent sind, lassen sich auch integrieren, ohne sich dabei selbst aufgeben zu müssen.

Beklagt wird in Deutschland das fehlende Interesse an technisch-naturwissenschaftlichen Berufen und Studiengängen. Kann man bereits im vorschulischen Bereich ein Grundinteresse an diesen Themen wecken?

Wenn wir Kinder bilden, dann bilden wir sie nicht, damit sie später z. B. Ingenieure werden sollen. Sondern damit sie jetzt, in ihrem Entwicklungsniveau, von sich aus Interesse für diese Phänomene entwickeln. Insofern ist die Begründung für die Vermittlung von naturwissenschaftlich-technischem Wissen keine, die aus der Zukunft geholt wird, sondern vielmehr aus der Gegenwart, also aus den aktuellen Bildungsbedürfnissen eines Kindes abgeleitet wird. Denn die Kinder haben wirklich ein hohes Interesse zu erfahren, wie die Natur beschaffen ist, wie Technik funktioniert, und ich denke, dass wir dieser genuinen Neugierde entsprechen sollten. Dass daneben dann ein Effekt sich einstellt, dass wir erstens die Bildungsbereiche erweitern und zweitens dann noch einen anderen Zugang zu diesen Wissensbereichen ermöglichen, ist ein Nebenprodukt. Dieses sollte aber nicht die Hauptmotivation sein.

Thema Medienbildung: Für viele ist das Thema Computer und Internet im Kindergarten ein rotes Tuch. Welche Bedeutung haben die Neuen Medien Ihrer Ansicht nach (in dieser Altersstufe)?

Ich leite im Augenblick das Projekt der Deutschen Telekom Stiftung „Natur-Wissen schaffen“, und im Rahmen dieses Projekts haben wir eine Meta-Analyse aller Bildungspläne bezüglich der Medienkompetenz durchgeführt. Das Ergebnis war wirklich spannend: Es gibt sechs Bildungspläne bundesweit, die im Grunde genommen die Medienkompetenz negieren, gar nicht als bildungsrelevante Dimension aufgenommen haben. Es gibt dann andere Pläne, die die Medienkompetenz stiefmütterlich behandeln, nämlich als Appendix der technischen Bildung. Aber es gibt auch Pläne, wie den hessischen oder bayerischen Bildungsplan, die *expressis verbis* Medienkompetenz als Bildungsdimension ausweisen und Fundiertes darüber berichten. Die Medienbildung, wie sie dort verstanden wird, ist natürlich in dem Sinne zu verstehen, dass Kinder Medien positiv für sich nutzen können; dass Kinder bei einem spielerischen und kooperativen Umgang mit Neuen Medien Informationen gewinnen und lernen, kommunikative Kompetenzen zu entwickeln, kreativ sind, z. B. Musik und Hörspiele selber produzieren, Bildbearbeitung am PC machen. Wir sagen, dass für uns der Computer und das Medium nicht Selbstzweck sind, sondern wir vielmehr das Ziel verfolgen, dass sich ein medienkompetentes Kind entwickelt. Zu dieser Medienkompetenz zählen im Grunde genommen vier Schwerpunkte:

1. Reflexion und Verarbeitung der eigenen Mediennutzung;
2. Reflexion und Verständnis des Wesens und der Funktion von Medien und IKT;
3. Medien und IKT für eigene Anliegen und für den eigenen Austausch gebrauchen;
4. Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit Neuen Medien und IKT gewinnen.

Wie man sieht: Der kritische Umgang mit den Neuen Medien dominiert; ich bin der Auffassung, dass Medien fester Bestandteil der Lebens-

welt der Kinder sind, und das besagen ja alle Studien. Wir dürfen uns nicht so verhalten, als ob es die Medien nicht geben würde, denn sonst überlassen wir die Kinder solchen Einflüssen und Kräften, die nicht über die Fachkompetenz verfügen. Auch die Eltern verfügen oft nicht über das geeignete Wissen und die nötige Erfahrung, ihren Kindern zu helfen. Ich meine, hier stehen wir in der Verantwortung. Große Potenziale liegen in Angeboten des E-Learning.

Könnten Sie sich Formen des selbstgesteuerten, computer- und internetbasierten Lernens auch bei Erzieherinnen vorstellen?

Auf jeden Fall, und ich glaube, dass Erzieherinnen und Erzieher zunehmend dafür aufgeschlossen sind, die Chancen, die in der IKT im Bereich E-Learning liegen, auch zu nutzen. Jedenfalls sind wir auf dem Weg, Erzieherinnen und Erziehern Angebote dieser Art zur Verfügung zu stellen, was nicht bedeutet, dass andere Formen wie Seminare dadurch infrage gestellt werden. Wir können heute den Prozess der Professionalisierung ökonomisieren, wir können ihn preiswerter gestalten, und wir können ihn nach den Zeittakten und -plänen der Fachkraft ausrichten. Das sind Vorteile, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Was versprechen Sie sich konkret vom Projekt BIBER?

Ich wünsche mir, dass dieses Projekt genutzt wird, um die Chancen der neuen Technologien auch jedem zugänglich zu machen, ich wünsche mir über das Projekt einen neuen Weg der Professionalisierung und der Beratung der Einrichtungen. Ferner natürlich auch einen neuen Weg, wenn es darum geht, die Wirkung solcher Interventionsmaßnahmen auch empirisch zu untersuchen, sodass wir dann mit Daten operieren können und auch nachweisen können, wie nützlich solche Wege sind. Und schließlich erlauben diese IT-Technologien beispielsweise, videografiertes Material bis in die letzte Ecke zu schicken, um wirklich einen Eindruck von Bildungsprozessen zu vermitteln; sie erlauben eine Vernetzung, einen permanenten Austausch, also eine Menge an Kommunikation zwischen den Einrichtungen. Wir müssen Wege finden, die es ermöglichen, dass man sich im Sinne der „critical friends“ gegenseitig berät und stimuliert und damit letztendlich eine höhere Bildungsqualität für alle Einrichtungen erreicht wird.

Die Fragen stellte Dirk Frank von Schulen ans Netz e. V.

(Quelle: „Schulen ans Netz“ – Themendienst Nr. 04, Dezember 2007)

Prof. Dr. Wassilios Fthenakis ist neben seiner Lehrtätigkeit an der Freien Universität Bozen Präsident des didacta-Verbandes e. V. – Verband der Bildungswirtschaft. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie Träger des Bayerischen Verdienstordens.

Linkliste zum Thema „Frühkindliche Bildung/ Medienerziehung“

Teil 1

1. Fachmedien

- www.kita-nrw.de/

Die Website zum medienpädagogischen Fortbildungsangebot für Erzieherinnen und Erzieher in Nordrhein-Westfalen bietet über die Fortbildungsinfos hinaus vielfältige Informationen zu Projekten, Fachbeiträgen, Literatur und die Möglichkeit des fachlichen interaktiven Austauschs. Das Projekt wird angeboten vom Ministerium für Frauen, Jugend und Gesundheit, der Landesanstalt für Medien NRW und der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur.

- www.kindergartenpaedagogik.de

Auf dieser Website von Dr. Martin R. Textor finden Sie ca. 800 Fachartikel nach Disziplinen und Kategorien sortiert.

- www.familienhandbuch.de

Ein Internet-basiertes Handbuch zu Kindererziehung, Partnerschaft und Familienbildung für Eltern, Erzieher, Lehrer und Wissenschaftler.

- www.medienkompetenzportal-nrw.de/medienkompetenz/forschung/medien_im_kindergarten.htm

Dokumentation der Studie „Förderung von Medienkompetenz im Kindergarten. Eine empirische Studie zu Bedingungen und Handlungsformen der Medienerziehung“.

2. Orientierung

- www.top-videonews.de

Nach Alter geordnet gibt es hier aktuelle Informationen über neue Filme, die für Kinder und Jugendliche auf Video und DVD erhältlich sind. Zu jedem Titel gibt das Internetmagazin eine pädagogische Empfehlung. Top-Videonews ist ein Fachservice vom Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland.

- www.flimmo.de

Fernsehprogrammberatung für Eltern. FLIMMO bietet Informationen zu Fernsehsendungen, die Kinder interessieren. Medienpädagogische Hintergrundinformationen zum Kinderfernsehen.

- www.medienconcret.de

Magazin für die medienpädagogische Praxis. Die Internetseite bietet Abstracts der in der Printversion erscheinenden Artikel.

- www.erzieherin.de

Im Fachportal kann zu folgenden Themen recherchiert werden: Arbeitsfelder und Einrichtungen, Ausbildung, Fachthemen und Wissenschaft, Fort- und Weiterbildung, Jobs

und Praktika, Kinder, Jugendliche und Internet, Literatur und Medien, Materialien und Kreativität, Organisationen und Sonstiges.

- www.erzieherin-online.de

Das Angebot umfasst wichtige Links für Erzieher/-innen, pädagogische Informationen und Hilfsmittel (u.a. zu Spielpädagogik, Medienerziehung, Kindergartenpädagogik) sowie weitere Serviceangebote (Jobbörse, Informationen über Berufsbild, Aus- und Fortbildung u. v. m.).

- www.akademieremscheid.de/publikationen/publikationen_glaap.php

Verschiedene Publikationen des Remscheider Sozial- und Kommunikationswissenschaftlers Dieter Glaap zum kostenfreien Download, unter anderem der Aufsatz „Mit dem Dreirad auf der Datenautobahn. Frühförderung und Neue Medien“.

- www.internet-abc.de

Portal für Kinder und Eltern u. a. mit Tipps und Grundlagenwissen zur Internet-Nutzung und zum Jugendschutz.

- www.seitenstark.de

Zusammenschluss renommierter deutschsprachiger Kinderseiten im Internet. Ziel ist es, durch Vernetzung unterschiedlicher Kinderseiten ein qualitativ hochwertiges Angebot für Kinder im Internet sicherzustellen und damit einen aktiven Beitrag zum Jugendschutz zu leisten.

- www.hdm-stuttgart.de/ifak/medientipps

Das Institut für angewandte Kindermedienforschung (IfaK) möchte als Teil einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung der Hochschule der Medien Stuttgart (HdM) in erster Linie den Zielgruppen Pädagogen, Erzieher, Bibliothekaren und Eltern Informationen über das Medienverhalten der Kinder und deren bevorzugte Mediengenres geben. Die Medientipps empfehlen Hörspiele, Zeitschriften und Edutainment-Software.

- www.websitesfuerkinder.de

Die Datenbank „Websites für Kinder“ richtet sich an Pädagogen, Eltern und andere Interessierte und bietet Orientierung innerhalb der Kinderseitenlandschaft im Internet.

- www.feibel.de

Das Büro für Kindermedien gibt seit 1996 den „Kinder-Software-Ratgeber“ und den „Lern-Software-Ratgeber“ heraus. Die Kritiken für die Kinder-Software stammen von Thomas Feibel und seinem Team. Die Tauglichkeit der Lernsoftware für die Schule und für zu Hause wird von Lehrern und Schülern überprüft.

(Teil 2 in „LEHRER UND SCHULE“ Heft 2 – 2008)

Informationen

Deutsche Schülerleistungen in Naturwissenschaften leicht über dem OECD-Schnitt

Werte für Lesen und Mathematik nicht signifikant verändert

Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen haben in der PISA-Studie zum ersten Mal ein Ergebnis signifikant über dem OECD-Durchschnitt erreicht. Im Bereich Naturwissenschaften, dem Schwerpunkt von PISA 2006, erzielten sie durchschnittlich 516 Punkte. Berücksichtigt man die statistische Unsicherheit, liegt Deutschland damit zwischen Rang 7 und 13 unter den 30 OECD-Ländern. In den Bereichen Lesen und Mathematik liegen die Ergebnisse wie bei vergangenen Untersuchungen im OECD-Durchschnitt.

Zum ersten Mal waren die Naturwissenschaften Schwerpunktbereich bei PISA. Rahmenkonzept und Fragenkatalog wurden stark erweitert und modernisiert. Erfasst wurden Fähigkeiten in drei Bereichen: So wurden die Jugendlichen darauf geprüft, ob sie in der Lage sind, naturwissenschaftliche Fragestellungen zu erkennen, ob sie Phänomene naturwissenschaftlich erklären können und ob sie mit naturwissenschaftlicher Beweisführung umgehen können. Alle Aufgaben wurden in Lebenssituationen eingebunden, wie sie Jugendlichen täglich begegnen. Insgesamt will PISA mit diesem Rahmen kein bloßes Lehrplanwissen abfragen, sondern erfassen, inwieweit Jugendliche auf das Leben in der modernen Wissensgesellschaft vorbereitet sind.

Die besseren Ergebnisse im Bereich Naturwissenschaften seien allerdings vor allem dem neuen Erhebungskonzept geschuldet und stehen für keinen Leistungszuwachs gegenüber früheren Studien, so der Leiter des Berliner OECD-Büros Heino von Meyer. Bei den 22 Fragen, die die Schülerinnen und Schüler sowohl bei PISA 2003 als auch bei PISA 2006 beantworten mussten, zeigten sich keine besseren Ergebnisse.

Im Bereich Lesen, wo vergleichbare Werte über alle drei PISA-Erhebungen vorliegen, liegt der Durchschnittswert in Deutschland mit 495 Punkten leicht über PISA 2003 (491 Punkte) und PISA 2000 (484 Punkte). Auch dieser Unterschied von 11 Punkten ist aber zu gering, um statistisch bedeutsam zu sein.

Einen statistisch signifikanten Kompetenzzuwachs erreichte u. a. Polen. Durch zusätzliche nationale Untersuchungen lässt sich dieser Kompetenzzuwachs den Bildungsreformen

aus dem Jahr 2000 zuordnen, die kurz nach der ersten PISA-Erhebung stattgefunden hatten. Teil der Reformen war, dass das Alter, in dem die Jugendlichen auf unterschiedliche Schultypen verteilt werden, um ein Jahr heraufgesetzt wurde. Als Folge haben sich zwischen 2000 und 2003 zunächst die Ergebnisse der schwächeren Schüler verbessert. Zwischen 2003 und 2006 fand der Kompetenzzuwachs dagegen im oberen Leistungsspektrum statt.

Die Chancengleichheit bleibt weiterhin das Problem des deutschen Bildungssystems. So lässt sich in den Naturwissenschaften ein vergleichsweise großer Anteil der Leistungsunterschiede durch den sozioökonomischen Status der Eltern erklären (19 % gegenüber 14,4 % im OECD-Mittel).

Wie in anderen Ländern mit gegliederten Schulsystemen bestehen auch in Deutschland große Leistungsunterschiede zwischen den Schulen. Diese sind ungefähr doppelt so groß wie im OECD-Mittel. Allerdings spielt das Elternhaus beim Schulerfolg eine größere Rolle, je früher die Kinder auf verschiedene Schultypen verteilt werden. Deutschland ist neben Österreich das einzige OECD-Land, in dem Kinder schon mit 10 Jahren auf verschiedene Bildungswege verteilt werden.

Untersucht wurde auch die Einstellung der Jugendlichen zu den Naturwissenschaften. So zeigen 15-Jährige in Deutschland wie in anderen OECD-Ländern ein großes Interesse an naturwissenschaftlichen Fragestellungen. 91 Prozent stimmen zu, dass Naturwissenschaften wichtig sind, um die natürliche Welt zu verstehen (OECD-Durchschnitt: 93 Prozent). Immerhin 3,4 Prozent der Jugendlichen geben an, dass sie in einem Beruf arbeiten wollen, der mit Naturwissenschaften zu tun hat (OECD-Durchschnitt: 37 Prozent). Auffällig ist allerdings, dass sich in Deutschland etwas weniger Jugendliche der wirtschaftlichen und sozialen Erträge der Naturwissenschaften bewusst sind, als in anderen Ländern. So geben nur 76 Prozent der Jugendlichen an, dass Naturwissenschaften für die Gesellschaft wertvoll sind. Im OECD-Schnitt sind es immerhin 87 Prozent.

Die Schülerinnen und Schüler in Deutschland weisen eine leicht überdurchschnittliche Vertrautheit mit Umweltthemen auf und entwickeln ein durchschnittliches Verantwortungsbewusstsein für nachhaltige Entwicklung. Dies gilt aber nur, sofern dies nicht zu höheren Kosten für die Verbraucher führt. So befürworten nur 66 Prozent der Jugendlichen, dass Strom auch dann aus erneuerbaren Quellen produziert werden soll, wenn dies zu höheren Kosten für die Verbraucher führt. Im OECD-Schnitt sind es 79 Prozent.

(Pressedienst OECD-Büro Berlin/Red.)

Nicht nur für Pensionäre

Pflege – kann jeden treffen!

Die Angst, im Alter auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Wer möchte das nicht: lange leben und dabei gesund bleiben. Die Realität sieht anders aus: Wir werden zwar immer älter, aber auch immer pflegebedürftiger. Genau dieses Szenario fürchtet auch die Mehrzahl der Bundesbürger: 62 Prozent der Deutschen haben Angst davor, im Alter ein Pflegefall zu werden.

Trotz steigender Qualität – Gravierende Missstände

Laut dem aktuellen Bericht des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS) wird jeder zehnte Pflegebedürftige unzureichend im Heim versorgt. Daher ist es sinnvoll, sich schon vor dem Eintritt der Pflegebedürftigkeit ausreichend abzusichern, um eine gute Versorgung im Alter garantieren zu können. Leider gilt auch hier: Wer das nötige Kleingeld hat, um zusätzliche Leistungen und Pflegedienste zu bezahlen, fährt besser.

Mit der Angst vor dem Pflegefall gehen auch finanzielle Sorgen einher. Denn ein Pflegeheim kann schnell zur Kostenfalle werden. Die Kosten für einen stationären Pflegeplatz liegen zum Teil schon heute bei 3.000 Euro und mehr im Monat. Das sind Summen, die die Pflegepflichtversicherung bei Weitem nicht deckt.

Besonders teuer wird es bei der Einstufung in Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig) – hier kostet ein stationärer Pflegeplatz 4.000 Euro oder mehr. Die Pflegepflichtversicherung zahlt in diesem Fall bis zu 1.432 Euro, im Härtefall bis zu 1.688 Euro im Monat. Die Differenz – in der Regel also 2.500 Euro – muss der Pflegebedürftige aus eigener Tasche zahlen. Pension oder Rente, Ersparnisse und Immobilien können so bei einer längeren Pflegedürftigkeit beinahe oder ganz aufgebraucht werden.

Auch wenn Beamte – noch – mit vorteilhaften Beihilfeleistungen rechnen können, für ein Leben in Würde wird es in der Regel als Pflegefall „eng“. Und wer die Pflegekosten nicht aus eigener Tasche zahlen kann, für den müssen Kinder oder die Sozialhilfe einspringen. Keine schönen Aussichten fürs Alter ...

Kein Wunder also, wenn sich immer mehr Menschen zum Abschluss einer Pflegegeldversicherung entschließen. Vorteil: Die Pflegegeldversicherung zahlt für die Dauer der Pflegebedürftigkeit das vereinbar-

te Pfl egetagegeld, – und zwar unabhängig von den aus der Pflegepflichtversicherung erbrachten Leistungen. Das Pfl egetagegeld kann zudem so bemessen werden, dass man sich im Pflegefall mehr als das Allernötigste leisten kann – z. B. eine Dauerpflegekraft für zu Hause oder ein ausgesuchtes Pflegeheim. Es werden unterschiedliche Pfl egetagegeldtarife angeboten: Einerseits kann man sich gezielt für die besonders kostenintensive Pflegestufe III absichern, andererseits erhält man bereits Leistungen ab der Pflegestufe I. Beide Tarife berücksichtigen mit einem „dynamischen“ Pfl egetagegeld die in Zukunft noch weiter steigenden Pflegekosten. Zudem sind im Pflegefall keine Beiträge zu leisten. Im Leistungsfall steht das Geld zur freien Verfügung – auch bei Pflege durch die Angehörigen.

Jugend schützt vor Pflege nicht

Zu bedenken ist, dass die Pflegebedürftigkeit bereits in jungen Jahren eintreten kann und z. B. die Existenz der Familie bedrohen kann. Umgekehrt sind die Tarife in den jüngeren Altersgruppen wesentlich niedriger und ermöglichen auch bei geringerem Einkommen eine beruhigende Absicherung.

Gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen meinen vielfach, sie bräuchten sich jetzt noch keine Gedanken über eine Zusatzpflegeversicherung zu machen, dafür bliebe ihnen noch eine Menge Zeit. Aber genau in dieser Überlegung liegt das große Problem:

Wer erst mit 50, 60 Jahren oder noch später daran denken will, sich für das Pfl egerisiko abzusichern, läuft Gefahr, aufgrund von Vorerkrankungen von keiner Versicherung mehr genommen zu werden. Nach Meinung vieler Fachleute liegt die günstigste Zeit für den Abschluss einer Pflegeversicherung zwischen dem 36. und 44. Lebensjahr – da ist man noch relativ gesund und die Tarife günstig.

Grundsätzlich empfehlen wir eine private Pflegezusatzversicherung für alle drei Pflegestufen.

Rechtsecke

Anrechnung von Erwerbseinkommen

Anrechnung von Erwerbseinkommen einer Beamtin auf das Witwengeld ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden

Nach § 53 Beamtensversorgungsgesetz müssen sich Ruhestandsbeamte und ihre Hinterbliebenen auf ihre Versorgungsbezüge in gewissem Umfang anderweitiges Erwerbseinkommen anrechnen lassen, wenn die Versorgungsbezüge zusammen mit dem anderweitigen Einkommen eine bestimmte Höchst-

grenze übersteigen. Erwerbseinkommen aus einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft finden allerdings nur solange Berücksichtigung, bis der Versorgungsberechtigte das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Die 1955 geborene Beschwerdeführerin ist die Witwe eines im Jahre 2001 verstorbenen Beamten. Das Witwengeld, das zunächst auf 2.591,27 DM festgesetzt worden war, wurde aufgrund eigenen Erwerbseinkommens der Beschwerdeführerin aus einer Tätigkeit für ein privates Versicherungsunternehmen bis zur Höhe von 886,55 DM zum Ruhen gebracht. Die hiergegen gerichtete Klage blieb vor den Verwaltungsgerichten ohne Erfolg. Mit ihrer Verfassungsbeschwerde wendet sich die Beschwerdeführerin gegen die Anrechnung ihres Einkommens auf ihre Versorgungsansprüche. Des Weiteren rügt sie, dass ihr Einkommen mit dem Bruttobetrag in die Ruhensberechnung eingestellt worden ist. Die 1. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. Die Anrechnung des privaten Erwerbseinkommens der Beschwerdeführerin auf das Witwengeld sowie die Zugrundelegung des Bruttobetrages sind verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Aus den Kreis- und Regional- verbänden

VBE-Regionalverband Offenbach

Fortbildungsveranstaltungen 2008

Samstag, 12.04.08, 9.00–16.00 Uhr

Praxisorientierte Lehrerfortbildung „Zaubern mit Kindern – Teil 2“, Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

Donnerstag, 17.04.08, 15.00–18.00 Uhr

Praxisorientierte Lehrerfortbildung „Legasthenie und LRS – Teil 2“, Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

Samstag, 17.05.08, 9.00–16.00 Uhr

Praxisorientierte Lehrerfortbildung „Zaubern mit Kindern – Teil 3“, Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

Dienstag, 03.06.08, 15.00–17.00 Uhr

VBE-Museumspädagogik „Kommunikationsgeschichte für Kinder“. Museum für Kommunikation, Frankfurt (Main).

Montag, 25.08.08, 16.30–18.30 Uhr

Informationsveranstaltung „Schulrecht im Alltag“, Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

Samstag, 06.09.08, 9.00–16.00 Uhr

Praxisorientierte Lehrerfortbildung „Zaubern mit Kindern – Teil 4“, Käthe-Paulus-Schule, Mainhausen-Zellhausen.

Dienstag, 21.10.08, 14.00–17.00 Uhr

VBE-Museumspädagogik „Mit Kindern die Fasnatie erkunden“, Wildpark „Alte Fasnatie“, Klein-Auheim.

Dienstag, 04.11.08, 15.00–19.00 Uhr

Praxisorientierte Lehrerfortbildung „Sport fachfremd unterrichten“, Sporthalle am Bürgerhaus, Mainhausen-Zellhausen.

Dienstag, 02.12.08, 15.00 – 17.00 Uhr

VBE-Museumspädagogik „Führung im Stadel mit Workshop“, Stadel Museum, Frankfurt.

Die Namen der Referenten, die genauen Themenbeschreibungen, den Akkreditierungsvermerk mit Angabe der Leistungspunkte, ggf. anfallende Kosten und den Kontakt zur Anmeldung entnehmen Sie bitte der jeweiligen Einladung, die Ihnen rechtzeitig auf dem gewohnten Wege (bei VBE-Mitgliedern per Post, sonst per Aushang in der Schule) zugeht. Achten Sie im Einladungsschreiben Sicherheitshalber auch noch mal auf Datum und Uhrzeit, falls die hier genannten Termine nicht eingehalten werden können.

VBE-Regionalverband Offenbach:

Stefan Wesselmann, Danziger Straße 9, 64832 Babenhausen, Tel.: 06073 – 687 543, E-Mail: S.Wesselmann@vbe.de

Die bemerkenswerteste Meldung

„... Das Ausfüllen der Formulare wird vermutlich der oder die IT-Beauftragte übernehmen und dauert online ca. 30 Minuten. Für das Einholen der Informationen bei Fachschaften, Kolleginnen und Kollegen sowie über Ausstattungen können ca. 6 Stunden veranschlagt werden ...“

(aus dem Schulleitungs-Info 9/2007 zur IT-Erhebung in Schulen)

Eine solche relativ genaue Zeitbeschreibung ist doch prima. Nur leider fehlt der geringste Hinweis darauf, wo diese Zeit herkommen soll: Haben die IT-Beauftragten bisher 6 Stunden nichts getan und Geld bekommen oder sollen sie das jetzt sozusagen nebenher zum Nulltarif machen? Beides ist zu hanebüchen, um es anzunehmen ...



Beitrittserklärung

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ/Wohnort: _____

Tel.: _____ Fax: _____ E-Mail: _____

Geb.-Datum: _____ Amtsbezeichnung: _____ Bes.-(/Verg.-)Gruppe: _____

Lehramt: _____ Fächer: _____ Einsatz in Schularart: _____ im Dienst seit: _____

(Monat/Jahr)

Dienststelle/Schulanschrift: _____

(Name, Ort)

- Beamter Angestellter Teilzeit mit ____ Std. Pensionär
 Referendar/Lehrkraft im Vorbereitungsdienst Student ohne Stelle und Bezüge

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Beginn der VBE-Mitgliedschaft ab: _____

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Satzung und die mit ihr verbundenen Ordnungen des VBE Hessen an.

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den VBE-Landesverband Hessen widerruflich, die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zulasten meines Girokontos

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

(viertelj., halbj., jährlich*) mittels Lastschrift abzubuchen. (* Nichtzutreffendes bitte streichen!)

Ort, Datum

Unterschrift

Ius fix (R)(r)echt schnell

Das hessische Schulgesetz und wichtige Verordnungen und Erlasse für den Schulalltag auf einer CD präsentiert Ihnen



der Verband Bildung und Erziehung Landesverband Hessen e.V.

Damit die Suche leichter wird, haben wir die Inhaltsverzeichnisse mit Links versehen:

Ein Mausklick reicht und Sie sind an der gewünschten Textstelle.

Für das hessische Schulgesetz haben wir zusätzlich ein Stichwortverzeichnis angelegt und dem Gesetzestext (mit Links versehen) vorangestellt.

Die vorliegende CD wird ständig überarbeitet und erweitert.

Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.

Mindestanforderung für das Arbeiten mit der CD ist Microsoft WORD 97

Ius fix ist zu bestellen bei:

VBE-Landesgeschäftsstelle Hessen · Postfach 12 09 · 63530 Mainhausen
Telefon: 0 61 82 - 89 75 10 · Telefax: 0 61 82 - 89 75 11 · E-Mail: vbe-he@t-online.de

Kostenbeitrag: 15,- € · (Mitglieder 7,50 €) · einschließlich Versandkosten

Der VBE ist für den Inhalt der Gesetze, Verordnungen und Erlasse nicht verantwortlich. Rechtliche Ansprüche lassen sich aus dieser Veröffentlichung gegen den VBE nicht ableiten. Das Copyright für die Zusammenstellung und Gestaltung liegt beim VBE Hessen. Das unberechtigte und unerlaubte Kopieren ist deshalb nicht gestattet.

Personalratswahlen 2008

Prüffragen für Listen:

- Gibt es Ansprechpartner?
- Gibt es notfalls Rechtsschutz?
- Gibt es regelmäßige Informationen?
- Gibt es ein Programm?

Nur der VBE ist wirklich unabhängig – und fachlich kompetent und streitbar!

Test bestanden!

In Tests immer bei den günstigsten
Hausratversicherern: HEB.

FINANZtest 07/2007
Die HEB Hausratversicherung gehört zu den preiswertesten.

Finanztest auf Finanztest beweist:

Günstige Beiträge, maßgeschneiderte Vertragsgestaltung, zuverlässige Beratung und schnelle Schadensabwicklung für Erzieher und Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind das Markenzeichen der HEB.

Vom Aquarium bis zum Zweitfernseher. **Ohne Selbstbeteiligung.** Und auf Wunsch sogar für Ihre Mobiliar- und Gebäudeverglasung **inklusive Wintergarten!** Bei der HEB ist Ihr Hausrat in besten und preiswerten Händen.

Und das schon seit 1897.

Noch Fragen? Dann sprechen Sie uns einfach an:

Hausratversicherung für Erzieher und Beschäftigte im öffentlichen Dienst
Darmstädter Straße 66-68 · 64372 Ober-Ramstadt
Tel.: 0 61 54/63 77 77 · Fax: 0 61 54/63 77 57
E-Mail: kontakt@heb-hessen.de · www.heb-hessen.de

Beispielrechnungen

Tarifzone 1 (z. B. Heilbronn, Pirmasens, Marburg)

Versicherungssumme 100.000,- €
Jahresbeitrag (inkl. Vers.-Steuer) 80,- €

Tarifzone 2 (z. B. Darmstadt, Mainz, Stuttgart)

Versicherungssumme 100.000,- €
Jahresbeitrag (inkl. Vers.-Steuer) 120,- €

Tarifzone 3 (z. B. Frankfurt, Offenbach)

Versicherungssumme 100.000,- €
Jahresbeitrag (inkl. Vers.-Steuer) 140,- €

Glasversicherung

Jahresbeiträge (inkl. Vers.-Steuer)
Wohnung 18,- €
Haus 24,- €
Glaskeramik-Kochfeld 9,- €

▶▶ HEB – preiswert, schnell, zuverlässig



gegründet 1897

Verband Bildung und Erziehung



Vortrag

Bildungsstandards als Kompetenzen Konsequenzen für die Unterrichtsgestaltung

Referent: Prof. Dr. Rainer Lersch · Universität Marburg

Mittwoch, 19.03.2008, 14.30 Uhr
Fürst-Johann-Ludwig-Schule, Hadamar

Was bringen die Bildungsstandards an Veränderungen für den Unterricht mit sich?

Herr Prof. Dr. Lersch wird die Didaktik und Methodik eines kompetenzfördernden Unterrichts auch an Beispielen fachlicher und überfachlicher Kompetenzen entfalten und das für Lehrerinnen und Lehrer nötige Umdenken begründen und zur Diskussion stellen.

Die Veranstaltung wird akkreditiert (5 Punkte).

Anmeldungen sind ab sofort **bis spätestens 11.03.08** möglich:

Es wird ein Unkostenbeitrag von 5,- Euro erhoben.

Telefonisch: 0 64 31 / 97 68 74

Fax: 0 64 31 / 97 68 75

E-Mail: PetraWeber-Lassmann@gmx.de